



Die Balkanpolitik der Europäischen Union

Koloniale Traditionen
in neuem Gewand

Hannes Hofbauer

Die Römer nannten ihn Haemus, die Osmanen Balkan. Die Rede ist von der im Südosten Europas gelegenen Gebirgskette und den sie umgebenden Ländern. Auch wenn die Osmanen längst aus der Region verschwunden sind, den Namen für Bergkette und Halbinsel haben sie zurückgelassen. Balkan heißt auf türkisch so viel wie »Gebirge«. Geographisch gehören zur Balkanhalbinsel die südlich von Donau und Save gelegenen Regionen, die von drei Meeren – dem Schwarzen Meer, der Ägäis und der Adria – eingeschlossen sind. Als Staatsgebilde befinden sich demnach aktuell Teile Kroatiens, Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Makedonien, Albanien, Bulgarien, Griechenland, der Dobrudscha genannte Landstrich Rumäniens und das europäische Istanbul auf dieser Halbinsel.

Im Neusprech der Europäischen Bürokratie ist die Bezeichnung »Balkan« allerdings verpönt, negative Assoziationen an die jüngere kriegerische Vergangenheit sollen mithilfe einer Tabuisierung des Begriffs aus den individuellen und kollektiven Gedächtnissen gestrichen werden. Deshalb wird von Brüssel ausgehend bis hinein in die sozialwissenschaftliche Forschung neuerdings von »Südosteuropa« gesprochen, wenn von der Balkanhalbinsel die Rede ist. Die Wirklichkeit zeigt sich von solch

terminologischer Spitzfindigkeit indes wenig beeindruckt. Dies umso weniger, als die aktuelle Politik der Europäischen Union an koloniale Traditionen, wie sie von der Habsburgermonarchie praktiziert worden waren, anknüpft, um die gesamte Region den wirtschaftlichen und (geo)politischen Interessen westeuropäischer Eliten gefügig zu machen. Dass dies auf mancherlei Widersprüche sowohl in den jeweiligen Gesellschaften als auch bei der Großmacht USA stößt, gehört bereits zur Tagespolitik der in viele staatliche und proto- oder post-staatliche Einheiten zersplitterten Halbinsel.

Balkanische Grenzziehungen

Seit dem Ende des osmanischen Vormarsches vor Wien im Jahr 1529 und der schrittweisen Zurückdrängung der Hohen Pforte aus Europa ab dem 17. Jahrhundert gingen nachhaltige Eingriffe in den Balkanraum immer stärker von Wien – später von Berlin und heute von Brüssel – aus. Während das zaristische Russland seinen Einfluss rund um das Schwarze Meer vergrößern konnte, dominierten die westlichen Mächte im Südosten Europas. Eine jener

Grenzziehungen, die über 450 Jahre lang den Balkan politisch und ethnisch geprägt haben, nahm bereits Mitte des 16. Jahrhunderts ihren Anfang. Damals begannen die Habsburger mit dem Ausbau eines christlichen Limes gegen die Türken, der bald von der Save bis zur Adria reichte. Die »grabatische«, »windische« und »Meer-Granitz« wurden meist mit slawisch-orthodoxen Wehrbauern besiedelt, die vor den Osmanen in Richtung Nordwesteuropa geflohen waren. Die »Confin« bzw. die »Vojna Krajina« war zwischen 1550 und 1881 administrativ als »Militärgrenze« direkt dem Wiener Hof unterstellt, ungarische oder kroatische Adelige hatten keine feudalen Zugriffsrechte auf die (serbischen) Untertanen. Wirtschaftliche und religiöse Privilegien erlaubten der im 18. Jahrhundert auf 1,25 Millionen Menschen angewachsenen Bevölkerung der Militärgrenze ein relativ selbstbestimmtes Leben. Anfang des 18. Jahrhunderts erreichte die »Vojna Krajina« mit 1.800 Kilometern Länge und 49.000 Quadratkilometern ihre größte Ausdehnung.¹ Mehr als 450 Jahre nach der Errichtung dieser habsburgischen Verwaltungseinheit, im Mai und August 1995, wurden die Nachfahren der orthodoxen Slawen mit US-amerikanischer und deutscher Unterstützung von der kroatisch-nationalen Armee aus der ehemaligen Militärgrenze, der »Krajina« und Slawonien, vertrieben. Kroatien feierte damit seine ethnische Homogenität sowie seinen serbenfreien Status.

So sehr es der USA Mitte der 1990er Jahre gelungen war, die Initiative im jugoslawischen Völkermorden zu übernehmen, so ist die Herstellung des kroatischen

Staates in dieser ethnisch reinen Form (vor den Vertreibungen gaben sich 12% der Einwohner Kroatiens als Serben aus) vor allem dem deutschen Einfluss auf dem Balkan geschuldet. Bonn bzw. später Berlin trieb 1991 die Anerkennung der zwei nördlichen jugoslawischen Teilrepubliken voran und unterstützte das System Tudjman bis zu dessen Tod tunlichst.

Auch andere historische Eingriffe im Südosten Europas nahmen in Wien und Berlin ihren Ausgangspunkt und bestimmen teilweise bis heute die ethnischen und politischen Konfliktlinien. So erhielt die Habsburgermonarchie am Berliner Kongress 1878 das Besatzungsrecht über Bosnien-Herzegowina. Fast 85.000 Soldaten in österreichischen Uniformen besetzten die zuvor osmanisch verwalteten Gebiete; bis zum Ersten Weltkrieg wurde Sarajewo dann von Wien aus regiert.

Auch England und Deutschland sowie – allerdings vergeblich – das zaristische Russland beteiligten sich im 19. Jahrhundert am Wettlauf um wirtschaftlichen und politischen Einfluss in Südosteuropa. Während die britische Krone 1829/30 nach Kräften die griechische Staatswerdung unterstützte, um nach dem Rückzug der Osmanen ihren Einfluss auf dem Peloponnes geltend zu machen, übernahmen deutsche Adelsgeschlechter in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts allerlei Königskronen auf dem Balkan. Dem sprachnationalen »preußischen« Staatsmodell gehörte damit für lange Jahre die Zukunft in Europa, auch und gerade auf dem Balkan. Die traditionsreiche dynastische Reichsidee, wie sie der Wiener Hof verkörperte, verlor spätestens

nach den österreichisch-italienischen und den österreichisch-deutschen Kriegsgängen 1859 in Solferino bzw. 1866 in Königgrätz an Terrain. Ironischer Weise waren es deutsche Adelsgeschlechter, die balkanische Staaten in eine »nationale« Unabhängigkeit führten. Dieser Beistand symbolisierte die entsprechende politische und wirtschaftliche Abhängigkeit. In Rumänien war es Karl I. aus dem Hause Hohenzollern-Sigmaringen, der 1866 den Thron bestieg, in Bulgarien übernahm Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha nach kurzem hessischen Intermezzo 1886 die Regentschaft, in Albanien führte 1914 Prinz Wilhelm von Wied das Kommando. Einzig Serbiens nationaler Unabhängigkeitskampf brachte lokale Fürsten in die hauptstädtischen Burgen und Schlösser. Von den Europäern wurden die



Obrenovici und die Karadjordjevici deshalb abfällig als "Schweinehirten" bezeichnet.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts gab es auf dem Balkan außerhalb Serbiens nur das kleine Montenegro und – für knapp drei Jahre – Makedonien, das nicht direkt oder indirekt von westlichen Eliten administriert wurde. Kroatien war um 1900 Teil Ungarns und damit im Verband der österreichisch-ungarischen Monarchie, in dem das annektierte Bosnien-Herzegowina eine Sonderstellung einnahm; in Albanien, Rumänien und Bulgarien herrschten deutsche Fürstenfamilien und die griechische Krone trug Wilhelm von Dänemark. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges verschwand Österreich-Ungarn von der Landkarte; das jugoslawische Königreich integrierte Bosnien, Makedonien, Kroatien und Slowenien und unterband damit den direkten politischen Einfluss aus Westeuropa im SHS-Staat. 1941 folgte der wohl grausamste Vorstoß westeuropäischer Eliten auf dem Balkan; die deutsche Wehrmacht überfiel das zuvor zerstückelte Jugoslawien, war jedoch nicht in der Lage, längerfristige Herrschaft in diesem Raum zu etablieren. Die Alliierten der Nationalsozialisten in Kroatien, Bulgarien, Rumänien und Albanien fielen allesamt dem sowjetischen Vormarsch bzw. den Partisanen im eigenen Land zum Opfer. Für 50 Jahre blieben westliche Interessen auf dem Balkan eingedämmt.

Territoriale Desintegration

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im Jahr 1991 hatte für den Balkan dramatische Folgen. Nationale politische Kräfte übernahmen die Staatskanzleien. Ihr Wunsch nach "nationaler Selbstbestimmung" stieß vor allem in Deutschland und Österreich auf offene Ohren, die damit erfolgte Ethnisierung sozialer Probleme entsprach allerdings auch voll und ganz den Vorstellungen anderer westeuropäischer Eliten. Mit Hilfe nationalistischer Ideologie konnte die ohnedies prekäre Integration des Raumes, die im Falle Rumäniens und Bulgariens in ihrer Mitgliedschaft beim RGW und im Falle Jugoslawiens in einer multinationalen Staatsidee lag, überwunden werden. Die neuen postkommunistischen Führer in den einzelnen Ländern bzw. Regionen hofften damit die Grundlage für eine bürgerliche Gesellschaft legen zu können; in Westeuropa und insbesondere in Deutschland trachteten führende Politiker und Kapitalgruppen danach, neue Absatz- und Arbeitsmärkte zu erschließen. Mit dem anti-sozialen Theorem "nationaler Wiedergeburt", die zwischen Sofia und Ljubljana ausgerufen wurden, schien ihnen dies leicht durchführbar. Vor allem deshalb, weil sich die neuen nationalen Eli-

ten mangels Kapital auf die Produktion von Identität beschränkten und wirtschaftlich auf äußere "Hilfe" angewiesen waren. Der Vorrang des Nationalen ideologisierte geradezu die ökonomische und kulturelle Desintegration an der Peripherie EG/EU-Europas zu einer vermeintlichen Aufbruchstimmung, die einzelnen schwachen Länder und Eliten konnten in der Folge relativ mühelos als Verwalter westlicher Kapitalinteressen gewonnen und eingesetzt werden. Ein Blick auf die Eigentumsstruktur in den Balkanländern wird zeigen, dass dieses Konzept aufgegangen ist.

Unterstützung erhielten die nationalen Kräfte vor allem aus Bonn. Dort war es nach 1989 gelungen, die deutsche Frage zum Dreh- und Angelpunkt der Innen- und Außenpolitik zu machen. Als einzigem Land Europas gelang es Deutschland, national-ethnische Begehren für territoriale Expansion und wirtschaftliche Integration zu nutzen. Der Beitritt der DDR zur BRD als fünf neue Bundesländer löste eine nationale Euphorie aus. Auf dem Balkan allerdings sollte sich dieses Zusammenspiel von Nationalismus, Expansion und Integration nicht wiederholen (dürfen). Rumänien konnte weder Moldawien (eigener Staat) noch die Nordbukowina (Ukraine) für eine größere staatliche Einheit gewinnen; Bulgarien blieb von Makedonien getrennt; die ungarisch besiedelten Teile Rumäniens (Karpatenbogen) bzw. Serbiens (Vojvodina) konnte sich Ungarn nicht einverleiben; dem Kosovo wird von der UNMIK der Anschluss an Albanien verwehrt; die Republika Srpsa und die kroatisch besiedelte Herceg-Bosna bleiben im bosnisch-herzegowinischen Staatsverband. Einzig die Vertreibung der Serben aus Kroatien kann – zynisch betrachtet – im Sinne einer nationalen Homogenisierung und wirtschaftlichen Integration als gelungen betrachtet werden.

Der Balkanraum stellte sich zum Zeitpunkt der Osterweiterung der Europäischen Union als territorial und geopolitisch vollständig desintegriert dar. Slowenien mit seinen 1,9 Millionen Einwohnern wurde als einziges Land der Region 2004 in die EU aufgenommen. Kroatien schuf sich seine nationale Identität im Heimatkrieg der Jahre 1991 bis 1995. Jugoslawien verkleinerte sich sukzessive, bis es Anfang Februar 2003 zu existieren aufhörte; die serbisch-montenegrinische Union mit ihren zwei Währungen und unterschiedlichen Wirtschaftssystemen endete am 21. Mai 2006 im Rahmen einer von Podgorica angestrebten Volksabstimmung, bei der sich eine knappe Mehrheit für die Loslösung von Serbien aussprach. Makedonien wurde von Anfang an durch die EU (insbesondere durch Griechenland) eine selbst bestimmte Namensgebung verweigert. So heißt das Land offiziell »Frühere jugoslawische Republik Makedonien« (FYROM).

Bosnien-Herzegowina ist eine direkte Staatsgründung unter anfangs US- und später EU-Aufsicht. Drei Ethnien leben hier in zwei proto-staatlichen Entitäten (Republika Srpska und Bosnisch-kroatische Föderation), wobei der Status der Region Brcko nach wie vor nicht geklärt ist. Bulgarien hat den Acquis communautaire der Europäischen Union längst unterzeichnet und soll 2007 aufgenommen werden, Rumänien werden von Brüssel noch fundamentale Schwächen bei der Übernahme von EU-Rechtsnormen nachgesagt; eine EU-Aufnahme könnte bis 2008 (oder darüber hinaus) verzögert werden. Albanien »europäische Perspektive« wird zumindest im Westen nicht einmal diskutiert. Südosteuropa bietet also ein Bild extremer Desorientierung, zu der nicht nur die neuen postkommunistischen Eliten, sondern auch die politischen und wirtschaftlichen Interessen Westeuropas beigetragen haben.

Europas schwersten Sündenfall in Südosteuropa bildet allerdings die Teilnahme am NATO-Krieg gegen Jugoslawien.² 78 Bombennächte und 50 Bombentage lang flogen über 1000 Kampffjets insgesamt 35.000 Lufteinsätze auf Pristina, Prizren, Belgrad, Novi Sad, Kragujevac und viele andere Städte und Plätze in Jugoslawien. Der Einsatz abgereicherter Uran-Munition sowie die vorsätzliche und teilweise mehrmalige Zerstörung von Raffinerien und Chemiefabriken lösten nur schwer quantifizierbare ökologische Katastrophen aus, die zu den 1.800 getöteten Zivilisten, den knapp 1.000 umgekommenen Militärs sowie den 6.500 Verwundeten als lang andauernde Schäden hinzugezählt werden müssen. Sämtliche NATO-Staaten der Europäischen Union sowie die kurz zuvor aufgenommenen neuen NATO-Mitglieder Ungarn, Tschechien und Polen beteiligten sich an der Aggression.

Der Bombenkrieg gegen die Regierung von Slobodan Milosevic, der ethnische Säuberungen im mehrheitlich albanisch besiedelten Kosovo vorgeworfen wurden, zielte freilich auch auf die widerspenstige Politik Belgrads, die bereits 1991 den monetaristischen IWF-Sanierungsplan von Jeffrey Sachs und Ante Markovic torpediert hatte³ und sich bis zu ihrem Ende dagegen wehrte, kniefällig in Richtung EU- und NATO-Integration zu rutschen. Wie sehr das eingesetzte Waffenarsenal der NATO-Staaten nicht nur Jugoslawien, sondern auch andere Kritiker der Kolonisierung Osteuropas durch westliche Kapitalinteressen unter Druck setzte, zeigen die Beispiele Rumänien und Slowakei. In beiden Ländern konnten in der ersten Hälfte der 1990er Jahre politische Kräfte Fuß fassen, die eigenständig und nicht mit Blick auf EU-Europa und NATO-Mitgliedschaft agierten. Sowohl Ion Iliescu als auch Vladimir Meciar änderten

spätestens nach dem NATO-Angriff auf Jugoslawien die außenpolitische Richtung ihrer Parteien. Antonin Huska, der engste Wirtschaftsberater von Meciar, erklärte diese Wende gegenüber dem Autor im Gespräch folgendermaßen: »Der NATO-Krieg 1999 gegen Jugoslawien war auch ein Signal an uns, keine Vision einer politischen Selbständigkeit mehr zu haben. [...] Wir haben ja gesehen, was mit Kräften passiert, die unabhängig sein wollen.«⁴

Politische Verfolgung nach der Wende

Seit dem 78-Tage-Krieg gegen Jugoslawien herrschen imperiale und koloniale Logik auf dem Balkan. Dazu gehört militärisch die Einbindung in die nordatlantische Allianz (in einem ersten Schritt über die so genannte »Partnerschaft für den Frieden«), politisch das Verkünden des neoliberalen Credo und wirtschaftlich die Konsequenz daraus: die vollständige Übernahme der profitträchtigen Branchen bzw. die Entfernung möglicher einheimischer Konkurrenten vom zukünftig durch westeuropäische Unternehmen geführten Markt; samt allem, was steuerpolitisch, sozial- und gesundheitspolitisch dazu gehört. Wer dieser von Washington und Brüssel gleichermaßen vorgegebenen Richtlinie, die für EU-Europa in den 31 Kapiteln des Acquis communautaire sowie in den Petersberger Aufgaben festgeschrieben ist, nicht folgen wollte, der wurde von westlichen Medien und westlicher Politik nicht nur verbal diffamiert. Als brauchbarstes Mittel zur Eliminierung von im Sinne der imperial-kolonialen Logik unzuverlässigen Persönlichkeiten hat sich die politische Verfolgung erwiesen, die formal durch allerlei Gerichte legitimiert wird. Der Balkan kennt zu Beginn des 21. Jahrhunderts viele prominente politische Gefangene, die in Westeuropa nicht als solche wahrgenommen werden, weil die vermeintliche Unabhängigkeit der Jurisdiktion ihre Einkerkерung angeblich rechtfertigt.

Das wichtigste juristische Instrument in diesem Zusammenhang ist das »Internationale Kriegsverbrechertribunal für das frühere Jugoslawien« (ICTY) in Den Haag. Der prominenteste Haftbefehl erging am 22. Mai 1999 gegen Slobodan Milosevic, also mitten im Bombenkrieg der NATO gegen Jugoslawien. Diese Tatsache allein sollte die Legitimität einer Einrichtung in Frage stellen, die hauptsächlich von den USA und EU-Europa finanziert wird. Die Anklage gegen den jugoslawischen Präsidenten war Teil der Kriegsführung, die wiederum im krassen Widerspruch zum Völkerrecht, zur UN-Charta, zum NATO-Statut und zum deutschen Grundgesetz stand. Die juristische Verfolgung von Feinden setzt den NATO-Krieg in gewisser Weise fort. Bisher hat das ICTY 94 Ankla-

geschriebenen verfasst. Milosevic war nicht der einzige hochrangige Politiker auf der Anklagebank. Auch der Führer der – nach den Wahlen im Dezember 2003 – stärksten serbischen Partei, Vojislav Seselj, sowie eine Reihe kroatischer und serbischer Regionalpolitiker sitzen in Untersuchungshaft.

Um Slobodan Milosevic nach Den Haag zu überstellen, bedurfte es auch nach der viel zu späten Anerkennung des Wahlsieges von Vojislav Kustunica im Oktober 2000 eines polizeilichen Sonderkommandos, einer Verfassungsänderung, eines Verfassungsbruches und schließlich seiner illegalen Verschleppung nach Den Haag am 28. Juni 2001. Die jugoslawische Rechtsprechung wurde dabei vollständig außer Kraft gesetzt. Von den 66 Anklagepunkten war nach mehr als vierjährigem Aufenthalt im Untersuchungsgefängnis ein politischer Prozess übrig geblieben. Freilich hat Milosevic in der Zeit des jugoslawischen Zerfalls und der Bürgerkriege Entscheidungen getroffen, die das Morden in Bosnien und auch im Kosovo vorangetrieben haben, wie dies auch die Führer der anderen Volksgruppen und Republiken – vor und nach ihrer internationalen Anerkennung – sowie die Oberbefehlshaber der 19 NATO-Staaten taten, die sich an den Bombardements südslawischer und kosovo-albanischer Städte beteiligten. »Völkermord« oder »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«, so vage der zweite Anklagepunkt auch formuliert ist, konnten die (Para-)Staatsanwälte in Den Haag Milosevic bis zu seinem Tod nicht nachweisen. Zu viele Zeugen entlasteten den ehemaligen jugoslawischen und serbischen Regierungschef. So z.B. Rade Markovic, unter Milosevic Chef des jugoslawischen Geheimdienstes, der mit seiner Aussage zu einer Schlappe für das Haager Tribunal beitrug. Von Belgrad war er Anfang 2004 an Den Haag überstellt worden, um seinem früheren Präsidenten Beteiligung am Völkermord vorzuwerfen; wer sonst als der Geheimdienstchef sollte es besser wissen. Und während die serbischen Medien bereits die bevorstehende Sensation im Gerichtssaal verkündeten, erfolgte diese in ganz anderer Richtung. Rade Markovic nahm alle zuvor in Belgrad gemachten Anschuldigungen gegen Milosevic zurück und attackierte im Gegenteil die serbische Justizanstalt, in der er gefoltert worden sei, um für Den Haag als Zeuge der Anklage gefügig gemacht zu werden.⁵ Slobodan Milosevic erkannte während seiner ganzen Untersuchungshaft das Haager Tribunal nicht an, die EU verwendet diese zweifelhafte internationale Gerichtsbarkeit jedoch als Gradmesser für ihre internationalen Beziehungen. Sowohl in Serbien-Montenegro als auch in Kroatien wird bei Staatsbesuchen von EU-Kommissären immer wieder auf eine verstärkte

Zusammenarbeit mit Den Haag gedrungen. Sogar die Aufnahmegespräche mit Kroatien wurden wegen der Nichtfestnahme von General Ante Gotovina ausgesetzt, dem Kriegsverbrecher in Zusammenhang mit der Vertreibung der serbischen Bevölkerung aus der Krajina vorgeworfen werden. Den Haag dient Brüssel also als ständiges Drohmittel für EU-konformes Verhalten.

Neben Serbien steht vor allem Kroatien schwer unter vorgeblich juristischem Druck, der in Wahrheit politisch motiviert ist. Der frühere kroatische Präsident und Staatsgründer Franjo Tudjman hatte das »Glück des früh Verstorbenen« und ersparte sich damit peinliche Verhöre von westeuropäischen Anklägern. Der nun EU-hörigen kroatischen Führung indes lässt Den Haag Monat für Monat neue Namen von Generälen übermitteln, die wegen Kriegsverbrechen gesucht würden. Vom früheren Armee-Chef Bobetko über Mirko Norac bis Ante Gotovina reicht eine schier nicht enden wollende Liste von Verantwortlichen, die mit deutscher und US-amerikanischer Rückendeckung die ethnisch homogene kroatische Staatlichkeit militärisch umgesetzt haben. Ihre Verfolgung dient trotz der Verfehlungen und Verbrechen, die von ihnen begangen wurden, in erster Linie der Neuausrichtung Kroatiens.

Mit politischen Prozessen, die außerhalb der Balkanregion – in Den Haag – geführt werden, dokumentiert die so genannte Internationale Gemeinschaft einerseits den Herrschaftsanspruch, der nicht nur wirtschaftlich, sondern auch juristisch sichtbar gemacht werden soll, und drängt andererseits ganz konkret die alte, mehrheitlich national, in manchen Fällen jedoch auch kommunistisch ausgerichtete Elite in die Defensive; mehr noch: in eine kriminelle Ecke. Mit der scheinbaren Verrechtlichung ist es dem ICTY zudem gelungen, aus gesellschaftlichen Entwicklungen individuelle Verantwortlichkeiten herauszulösen. Im Fall Kroatiens bedeutet dies, dass die Vertreibung der Serben als konstitutiv für die kroatische Staatlichkeit anerkannt wird, die Vertreiber sich indes Schuld aufgeladen haben, die es individuell zu sühnen gilt. Diesem durchaus bürgerlichen Rechtsverständnis können die meisten Menschen auf dem Balkan – noch? – nicht folgen.

Prominente politische Gefangene gibt es jedoch auch außerhalb Den Haags. Der rumänische Bergarbeiterführer Miron Cozma beispielsweise sitzt wegen seines Kampfes gegen die Schließung von Kohlegruben, im Zuge dessen er mehrere Märsche vom Schil-Tal nach Bukarest organisiert hatte, seit 1999 hinter Gittern. Kein internationaler Gewerkschaftsbund kämpft für seine Freilassung, kein EU-Kommissär ist

bislang auf die Idee gekommen, die Aufnahme Rumäniens wegen dieses politischen Gefangenen in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Im ultraliberalen Rumänien wurde im Juni 2005 auch gegen den früheren Präsidenten Ion Iliescu Anklage erhoben, weil dieser 1990 die Bergarbeiter zu Hilfe gerufen hatte, als eine von US-Aid und anderen US-amerikanischen Hilfsorganisationen aufgestachelte Menge drohte, den gewählten Präsidenten aus seinem Amt zu jagen. Fikred Abdic, der frühere bosnische Politiker, der – noch vor Alija Izetbegovic – an die Parteispitze der bosnischen SDA gewählt worden war, sich aber weigerte, in den Bürgerkrieg gegen die bosnischen Serben zu ziehen, sitzt seit 1994 in einem kroatischen Gefängnis in Karlovac. Die Übereinkunft zwischen Abdic und Karadzic ersparte der Region Bihac den Bürgerkrieg, galt jedoch den radikalen Muslimen in Sarajevo als Verrat. Im inner-bosnisch-muslimischen Krieg um Bihac behielt Izetbegovic schließlich die Oberhand, Fikred Abdic floh nach Kroatien, wo er wegen – angeblicher – Korruption zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde.

All diese als Kriegsverbrecherprozesse oder Korruptionsskandale ausgegebenen Gerichtsverfahren und Richtersprüche haben eines gemeinsam: Sie zielen auf nationale bzw. – wie im Fall Cozma – Arbeiteliten, die mit EU-Europa aus unterschiedlichen Gründen nicht kompatibel sind. Und sie machen gesellschaftlich den Weg frei für anpassungsfähige, Brüssel und Washington ergebene Politiker, Militärs oder Gewerkschafter. Was immer in den einzelnen Fällen tatsächlich im Sinne einer unabhängigen Rechtsprechung verfolgungswert sein mag, die gesellschaftliche Funktion der unter EU- und US-Druck stehenden Gerichte kann nicht übersehen werden. Am wenigsten in Bosnien-Herzegowina, wo der »Hohe Repräsentant der Internationalen Staatengemeinschaft« auch formal das Recht hat, jeden Politiker, der seiner Vorstellung von Demokratie nicht entspricht, zu entlassen. Von Wolfgang Petritsch bis Paddy Ashdown machten und machen sämtliche Kolonialverwalter Bosniens von diesem, in Dayton ausverhandelten Recht, reichlich Gebrauch. Unterstützt werden sie dabei seit Dezember 2004 von 7.000 EU-Soldaten, die im Rahmen der EUFOR-Mission (auch ALTHEA genannt) im Land stationiert wurden.

Die Politik EU-Europas auf dem Balkan ist ohne die juristische Keule, die eine permanente Drohung für alle möglichen politischen, militärischen und gewerkschaftlichen Führer darstellt, nicht vorstellbar. In der Zeit des Umbruchs und noch mehr in der Zeit der Bürgerkriege in Jugoslawien kann wohl gegen jede führende Figur Anklage wegen Korruption, Bereicherung im Privatisierungsprozess oder Verbrechen

in unerklärten Kriegen erhoben werden. Indem dies von außen, unterstützt durch die USA und EU-Europa, passiert, besteht ein ständiger Erpressungszustand durch Washington und Brüssel, der auf (fast) allen lastet, die sich um Posten oder Pöstchen an der Macht bewerben. Der Westen hat auf diese Weise die Eliten auf dem Balkan fest im Griff. In Bosnien-Herzegowina hat er diesen Zustand auf die Spitze getrieben, indem der »Hohe Repräsentant« fallweise auch jene politischen Mandatare entlässt, die sich des »kulturellen Schweigens« schuldig machen. Wer von den bosnischen Serben es in entscheidenden Momenten öffentlichen Auftretens versäumt, Mladic und Karadzic Kriegsverbrecher oder zumindest »gesuchte Kriegsverbrecher« zu nennen, läuft Gefahr, seines politischen Amtes wegen »kulturellen Schweigens« verlustig zu gehen.⁶ Wie schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts ist es auch heute wieder Bosnien-Herzegowina, das unter der direktesten und am stärksten formalisierten Form kolonialer Verwaltung steht.

Wirtschaftliche Übernahme

Die politischen Verhältnisse sind Ausdruck ökonomischer Abhängigkeiten. Und diese sind auf dem Balkan spürbar wie kaum andernorts in Europa. Das im Mai 1992 verfügte UN-Embargo gegen Jugoslawien schwächte die wirtschaftlich ohnedies bereits stark gezeichnete Region. Mit dem Embargo sollte Belgrad für die Belagerung von Sarajevo bestraft werden, die vom bosnischen Serbengeneral Mladic geleitet worden war. Getroffen hat das Embargo freilich die gesamten Volkswirtschaften nicht nur Jugoslawiens, sondern auch Bulgariens und Rumäniens. Alle drei Länder waren zuvor bereits durch wirtschaftliche Boykottmaßnahmen gegen den Irak und Libyen stark geschwächt worden, weil sie traditionelle Handelspartner Osteuropas waren, die in Dollar bezahlt hatten. Das rumänische Industrieministerium bezifferte die Verluste aus den drei Embargos Mitte der 1990er Jahre mit 7 Mrd. US-Dollar, allein die Einschränkungen der Donauschifffahrt im Gefolge des Boykotts von Jugoslawien brachten ein Minus von 700 Mio. US-Dollar.⁷ Auf Weisung aus Washington musste auch die jahrelange industrielle Kooperation zwischen dem Banater Äthylenwerk und Rumänien eingestellt werden. Das Embargo gegen Jugoslawien, das von Seiten der EU noch im Sommer 2000 verschärft worden war, wurde erst nach der Überstellung von Milosevic nach Den Haag aufgehoben.

Bulgarien und Bosnien-Herzegowina stehen unter direkter Verwaltung der Europäischen Zentralbank bzw. des IWF. Beide Staaten führen keine eigenständige Finanzpolitik und damit auch keine eigenständigen



Der frühere Hohe-Repräsentant in Bosnien-Herzegowina, Paddy Ashdown, zusammen mit Ex-US-Außenminister Powell, Quelle: US-Außenministerium

dige Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ein Currency board genannter »Währungsrat« wacht über die Stabilität der an die DM bzw. später den Euro strikt angelegenen Währung. In Bosnien heißt diese bis heute skurriler Weise »Konvertible Mark«. »Ein Currency-board-System ist die strikteste Form eines Wechselkursregimes eines Landes, dessen Notenbank auf eine eigenständige Geldpolitik ganz verzichtet, sich (fast) vollständig einer fremden Währungsmacht (der Zentralbank der gewählten Ankerbank) überliefert und sich den Kräften der Finanzmärkte ergibt.«⁸ Mit diesen Worten erklärte das »Handelsblatt« seinen Lesern den wirtschaftlichen Eingriff, der über das Finanzpolitische weit hinaus geht, beinhaltet er doch auch von außen diktierten Beamtenabbau, Lohnrestriktionen und dergleichen mehr.

Hilfsprojekte für den Balkan, die jeweils in großen Lettern verkündet werden, verenden meist auf halber Strecke. So auch der im Juni 2001 mit Pomp verkündete Balkan-Stabilitätspakt. Magere 1,25 Mrd. US-Dollar sollten für Jugoslawien und seine Anrainerstaaten flüssig gemacht werden, davon 150 Mio. von der EU als nichtrückzahlbarer Zuschuss. Zur Orientierung: 20 Mrd. US-Dollar hätte nach einer IWF-Studie allein Jugoslawien gebraucht, um wieder auf die Beine zu kommen, die Hälfte davon, um seine Auslandsschulden zurückzahlen zu können. Kein Wunder, dass der Verwalter des Balkan-Stabilitätspaktes, Bodo Hombach, heutzutage nur mehr als Eigentümerversorger der Westdeutschen Allgemeinen bekannt ist, der mittlerweile die wichtigsten Zeitungstitel in Serbien gehören.

So wie Medien und Industrie ist auch das Bankwesen vollständig in ausländische, meist westeuropäische Hände übergegangen. In Kroatien halten Ende 2003 ausländische Geldinstitute (gerechnet in Bilanzsumme) 92% am Markt, in Bulgarien sind es 82%, in Bosnien-Herzegowina 75%, in Rumänien 51%, in Al-

banien 40% und in Serbien 20%.⁹ Die Besitztitel ausländischer Banken in Serbien haben sich mittlerweile wesentlich erhöht. Führende Banken sind die UniCredit aus Italien, die von dieser übernommene HVB (Deutschland) und die Bank Austria (Österreich), die Erste Bank (Österreich), die Raiffeisen Zentralbank (Österreich) sowie – als kleine Ausnahme – die im Kosovo tätige, von US-Aid gegründete »American Bank of Kosovo«. Um den Markt für ausländische Institute frei zu machen, ist die »Internationale Gemeinschaft« auch vor radikalen Maßnahmen nicht zurückgeschreckt. So ließ im April 2001 der »Hohe Repräsentant« von Bosnien-Herzegowina, der Österreicher Wolfgang Petritsch, die Herzegovacka Banka in Mostar überfallen, um damit der kroatisch-nationalistischen HZD das finanzielle Rückgrat zu brechen. 500 NATO-Soldaten in SFOR-Uniformen, 80 gepanzerte Fahrzeuge und 20 Hubschrauber stürmten die Zentrale der Bank und nahmen alles mit, was nicht niet- und nagelfest war.¹⁰

In Serbien wiederum entzog die der EU ergebene Regierung von Zoran Djindjic im Januar 2002 den vier größten Banken im Land, darunter der Beobanka, die Lizenz. Raiffeisen nutzte die Chance und eroberte in Windeseile einen Marktanteil von 20%.

Westeuropäische Institute haben mit ihrer Offensive im Bankbereich nicht nur die Geldgeschäfte unter ihre Obhut gebracht, sondern auch andere Wirtschaftszweige, sind doch die Banken aufgrund ihrer Kredit- und Einlagenpolitik ein wesentlicher volkswirtschaftlicher Akteur. Während im Stahlsektor europäische Firmen der US-amerikanischen »US-Steel« (Serbien) bzw. der indisch-britischen »Mittal« (Rumänien, Bosnien-Herzegowina, Makedonien) den Vortritt lassen mussten, sind fast alle anderen Wirtschaftssektoren fest in der Hand westeuropäischer Konzerne. Deutsche, holländische, österreichische und italienische Firmen teilen sich die profitträchtigen Standorte. In den kommenden Jahren sind enorme Produktionszuwächse zu erwarten. Wie stark der bevorstehende Boom sein könnte, zeigt ein Blick auf die Statistik. Demnach liegt die Industrielleistung in den einzelnen Ländern auf dem Balkan im Jahr 2004 noch weit hinter der ohnedies von Krisen geschüttelten Wendezeit zurück. Kroatien erreicht 2005 gerade einmal 77% der Industrieproduktion von 1990, Rumänien 75%, Bulgarien 73%, Serbien-Montenegro 46% und Makedonien und Albanien 44%.¹¹

Werden diese Daten zugrundegelegt, ist der Balkan wirtschaftlich gesehen ein Vorfeld EU-Europas, in dem sich fabelhaft jene Geschäfte machen lassen, die die Bilanzen der westeuropäischen Mutterkonzerne aufbessern. Freier Kapitalverkehr und unbeschränk-

te Gewinnrückführung erlauben es, keine Rücksichten auf volkswirtschaftliche Befindlichkeiten nehmen zu müssen. Eine direkte Integration in die Europäische Union ist für Bulgarien und Rumänien bereits ausverhandelt, für Kroatien steht die Aufnahme von Verhandlungen im Raum, alle übrigen Länder werden noch lange mit dem Regelwerk der EU leben müssen, ohne Mitglied der Brüsseler Union zu sein.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Die k.k. Militärgrenze. Beiträge zu ihrer Geschichte (Studien des heeresgeschichtlichen Museums in Wien Bd. 6) Wien, 1973. Siehe auch: Hannes Hofbauer, Jugoslawische Zerfallslinien. Aktuelle Grenzen in historischer Perspektive, in: Joachim Becker/ Andrea Komlosy (Hg.), Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich. Wien 2004, S. 185f.
- 2 Vgl. Hofbauer, Hannes: Balkankrieg. Zehn Jahre Zerstörung Jugoslawiens. Wien 2001.
- 3 Ebd., S. 19, 29.

4 Gespräch mit Antonin Huska am 21.11.2002 in Bratislava.

5 Prozessbeobachter Neil Clark, zitiert in Guardian am 12.2.2004.

6 Interview mit Zoran Zuza in: Neues Deutschland vom 2./3.10.2004.

7 Die Blockade der Donau in Novi Sad durch die von der NATO zerstörte Brücke perpetuierte diesen Zustand. Erst im Herbst 2005 konnte die neue Brücke eröffnet und damit die Pontonbrücke, die den internationalen Schiffsverkehr behinderte, beseitigt werden.

8 Handelsblatt am 5.8.1999.

9 Raiffeisen Zentralbank (Hg.): CEE Banking Sector Report. Wien, Oktober 2004, S. 9.

10 Vgl. Newsweek, 30.4.2001.

11 Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg.): WIIW Research Report 314, Special issue on economic prospects for Central, East and Southeast Europe. (Peter Havlik u.a., Accelerating GDP Growth, Improved Prospects for European Integration), Wien, März 2005, S. 55.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 148-157).

Hannes Hofbauer ist Historiker, Journalist und lebt in Wien. Er veröffentlichte u.a. das Buch »Osterweiterung: Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration«, Wien 2003.